https://blz.li/3rxx

LeineBlitz
blitzschnell informiert

ERZIEHER-STREIK: RATSGRUPPE FORDERT ARBEITGEBER ZU VERHANDLUNGEN AUF

Veröffentlicht am 22.05.2015 um 11:42 von Redaktion LeineBlitz

Die Gruppe SPD/Grüne/Linke/Piraten im Rat der Stadt Laatzen hat am Mittwoch über die Auswirkungen des aktuellen Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst im Bereich der Stadt Laatzen beraten. . Unter dem Eindruck der aktuellen Mitteilung einer unbefristeten Verlängerung erklärt die Ratsgruppe verschiedene Forderungen. Die Ratsgruppe fordert die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VAK) zu konstruktiven Verhandlungen auf. Der Streik darf nicht auf dem Rücken von Eltern und Kindern ausgesessen werden. Die Stadt Laatzen wird zu einer entsprechenden, sehr kurzfristigen Initiative beim VAK aufgefordert. Die Gruppe SPD/Grüne/Linke/Piraten im Rat der Stadt Laatzen unterstützt die Ziele der streikenden Erzieher und Erzieherinnen sowie der Gewerkschaft Ver.di. Eine Anerkennung der wichtigen pädagogischen Facharbeit im Sozial- und Erziehungsdienst ist überfällig. Die Ratsgruppe bedankt sich bei der Laatzener Stadtverwaltung und der Gewerkschaft für die vereinbarte Notdienst-Vereinbarung. Durch Notgruppen in den Kindertagesstätten (mit Ausnahme der Krippenkinder) sowie durch den Notdienst in der Kinder- und Jugendhilfe wird bei dringendem Bedarf trotz des Streiks eine Betreuung ermöglicht. Ausdrücklich anerkannt wird der persönliche Einsatz der am Zustandekommen dieser Vereinbarung verantwortlichen Mitarbeiter. Die Ratsgruppe wird die Haushaltsmittel im Rahmen des anerkannten Laatzener Profils für Bildung und Betreuung tatsächlich vollständig für diese Aufgaben einsetzen. Sofern sich aus dem Streik Minderausgaben für Personal- und Betriebskosten ergeben, wird dieser finanzielle Spielraum weiterhin für das Haushaltsziel Bildung und Betreuung eingesetzt. Diese Mittel werden dafür eingesetzt, dass beispielsweise Rahmenbedingungen im Bereich Bildung und Betreuung verbessert werden bzw. die erforderliche Infrastruktur durch Maßnahmen ergänzt wird, die bislang nicht vorgesehen sind beziehungsweise möglich waren. Für die Erstattung der von Eltern gezahlten Gebühren (insbesondere für das Essensgeld) erwartet die Ratsgruppe eine unbürokratische Lösung seitens der Stadtverwaltung im Rahmen der Benutzungsordnung der städtischen Kindertagesstätten sowie des individuellen Betreuungsvertrages.